

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Zochmühlgasse 33.  
Berechnung der Redaction:  
Wochentags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.

Bei der Aufnahme einzelner Anzeigen  
kann man sich die Redaction nicht  
verantwortlich machen.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Abtheilungen für Anzeigen:  
Dito Kriem, Universitätsstr. 22,  
Königs Straße, Katharinenstr. 16, p.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4/2 Rthl.,  
incl. Frangirgeld 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schreiben für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.

Jahrespreis 50 Rthl. Belegexemplar 20 Pf.  
Größere Schriften laut ihrem  
Preisverhältniß. — Labelschrift  
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postnachschuß.

**№ 253.**

**Dittwoch den 10. September 1879.**

**73. Jahrgang.**

### Bekanntmachung.

Indem wir nochmals auf den am 13. dieses Monats beginnenden ständigen Abschlag des diesjährigen Wasserlaufs verweisen, machen wir die betreffenden Adjacenten darauf aufmerksam, daß es in ihrem eigenen Interesse geboten ist, während der Dauer des Abschlags die etwa erforderlichen Reparaturen an den Ufermauern vorzunehmen, damit dieselben genügende Widerstandsfähigkeit gegen die Strömungen des Wassers erhalten.  
Leipzig, am 8. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Bannemann.

### Bekanntmachung.

Behufs Ausführung des Schleusenumbaus wird derjenige Theil der Emilienstraße, welcher zwischen der Reiter Straße und der Gabelung der Emilienstraße liegt, für den Fahrverkehr von Dienstag, den 9. September, ab bis auf Weiteres gesperrt.  
Leipzig, am 6. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Richter.

Wegen Reinigung der Räume bleiben die Stadtkasse und die Stiftungsbuchhalterei für den 10. dieses Monats geschlossen.  
Leipzig, den 6. September 1879.

Der Rath's Finanz-Deputation.

### Bekanntmachung.

Selbstständige Gewerbetreibende, welche sich zur Gründung oder zeitgemäßen Wiederbelebung von Innungen und gewerblichen Genossenschaften des von der Gewerbesammer entworfenes Statuts bedienen wollen, können selbige in deren Bureau unentgeltlich in Empfang nehmen.  
Leipzig, September 1879.

Die Gewerbesammer.  
W. Hädel, Vorsitzender. Der sog. Secr.

### Liberalen und Ultramontanen.

Man darf sich der Wahrnehmung nicht länger verschließen, daß der Abschluß eines modus vivendi zwischen der preussischen Regierung und der Curie in unabsehbarer Ferne gerückt ist. Die ultramontane Presse erhebt darob wiederum ihre ledere Organe und der Reichstanzler ist nun selbst in der Lage, zu erkennen, auf welchem Grad von Jureverfälschung diese Bundesgenossenschaft Anspruch erheben kann. Selbst die jesuitische „Germania“ rath ihren Lesern, sich weder in der Tugend der Geduld zu üben — in Bezug auf den Abschluß der Verhandlungen mit Rom. Bisher muß sie selbst in dieser Tugend noch recht angeht sein; denn sie fordert die Regierung wiederholt sehr kategorisch auf, ihre Stellung zur Frage des kirchlichen Friedens endlich klar und bündig erklären zu geben. Herr Windthorst freilich war von vornherein klüger: so oft er von seinen Gegnern im Lande über den Zeitpunkt des bevorstehenden Friedenslusses gefragt wurde, erklärte er, Das lässe unter Umständen noch recht lange dauern. Und er that wohl daran. Wir glauben nicht, daß Herr Windthorst die Ansprüche des Ultramontanismus befriedigen werde. Er scheint die Curie dilatorisch zu behandeln, wie das seine Art und im vorliegenden Falle auch ganz zweckmäßig ist, fernerum er dabei nur gewinnen, aber Nichts verlieren kann. Die dem Staate der Kirche gegenüber unentbehrlichen Rechte wird er bei uns nicht übergeben, niemals preisgeben. Diese Jureverfälschung soll aber die Liberalen in dem gegenwärtigen Wahlkampf nicht lässig machen gegenüber dem Ultramontanismus. Die Reichsregierung hat es schon bei den letzten Reichstagswahlen für opportun gehalten, die Bekämpfung desselben einzustellen; gegenwärtig hat die „Provinzial-Correspondenz“ der Centrumspartei sogar die Weihe als zuverlässige Stütze der Regierungspolitik gegeben. Um so dringender wird für die Liberalen die Verpflichtung, dieser Partei gegenüber die Hände nicht in den Schooß zu legen. Gewiß, auch wir wünschen die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens und werden, so viel in unsern Kräften steht, dazu mitwirken. Aber die Bestrebungen des Ultramontanismus werden wir stets als Todfeind behandeln. Und diese Bestrebungen sind es, was z. B. den Kern der erwähnten Resolutionen des westfälischen Clerus ausmacht; ihren Ausdruck finden sie in dem Aufsehn bedingungsloser Aufhebung der Rüge, der in dem preussischen Wahlkampf von den Ultramontanen überall an die Spitze gestellt wird. — Man rühmt es als das Fürsten Bismarck „größtes Meisterstück“, daß er bei dem Zolltarifgesetz die bisher erbittertesten Feinde des Reichs gezwungen habe, einem nationalen Werte zur Stütze zu dienen. Auch nichternte Beurtheiler haben immerhin einen nicht zu unterschätzenden Gewinn darin, daß das Centrum sich voll und ganz auf den Boden der Reichsgesetzgebung gestellt habe. Wir denken anders über diesen Punkt. Der Preis, um welchen dieser „nationale“ Act des Centrums erkaufte wurde, war die Durchsicherung des Reichshandelsvertrags durch den Antrag Frankenstein. Wir wollen den Streit über die praktische Bedeutung dieses Antrags nicht von Neuem beginnen. Die einzige Erklärung aber für die Thatfache, daß derselbe eine Majorität und die Unterstützung der Reichsregierung finden konnte, erblicken wir immer wieder in der Annahme, daß Viele ihm zustimmen mit dem stillschweigenden Vorbehalt, ihn bei der ersten besten Gelegenheit wieder zu befechtigen. Eine solche Politik der

reservatio mentalis mag im diplomatischen Verkehr angebracht sein, nimmermehr aber in der inneren Gesetzgebung eines Staates, am wenigsten des deutschen Staates, der noch an seinem Ausbaue und Ausbau arbeitet. Rein, die Wege einer ultramontanen Partei können nimmermehr auf die Dauer übereinstimmen mit den Bahnen, welche der Politik des heutigen deutschen Reichs durch die Natur der Verhältnisse vorgezeichnet sind. Und darum kann es für uns, so lange eine solche Partei und eine Coalition derselben mit den Conservativen besteht, nur ein Verhältniß dieser Bundesgenossenschaft gegenüber geben: das der unablässigen Bekämpfung.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. September.

Das Parteileben der Gegenwart läßt es an Ueberraschungen nicht fehlen; das würde sich wohl ertragen lassen, wenn der Boden, aus welchem sie hervorsprossen, ein gesunder wäre. Ein sittlicher Zug ist aber leider nicht immer in dem die politischen Parteien mit Lebensschäften erfüllenden Ringkampfe erkennlich. Entstellung der Thatfachen, Verdächtigungen makelloser Charaktere und so manches andere unanständige Kampfmittel sind heute an der Tagesordnung. In dieser Thatfache wird uns aus Berlin geschrieben: „Es scheint, daß bei den diesmaligen Wahlen in gewissem Sinne ein Rißbruch mit dem Namen des Ministers Fall getrieben werden soll. Schon aus verschiedenen Wahlkreisen liegt die Nachricht vor, daß man den bisherigen national-liberalen Abgeordneten die Candidatur Fall's entgegen zu stellen beabsichtige. Als die Urheber erscheinen gewöhnlich einige „gemäßigte Liberalen“ im Bunde mit Conservativen und Conservementalen. Da die Wiederwahl Fall's in seinem bisherigen Wahlkreise Essen-Duisburg-Rülheim a. Ruhr wahrscheinlich, jedenfalls aber nicht so zweifelhaft ist, daß man ihn in einer ganzen Reihe anderer Wahlkreise aufstellen möchte, so liegt der eigentliche Zweck jenes Wanders auf der Hand. Man will den Namen des gerade im gegenwärtigen Augenblicke von allen freiständigen Männern doppelt hochgeachteten Mannes nur verwenden, um bei den auf diese Weise einmal gewonnenen Wählern nachher in Bezug auf die notwendig werdende Nachwahl des leichteren Spieles zu haben. Die Candidatur Fall's ist nur das Anhängsel, hinter welchem alsdann der wahre Candidat hervortreten soll. Ein solches Wanders scheint auch in Erfurt geplant gewesen zu sein. Dort hat es indes Herr Dr. Fall selbst, als ihm die wirtlichen Verhältnisse bekannt wurden, sofort vereitelt, indem er erklärte, gegen den bisherigen national-liberalen Abgeordneten Dr. Weber unter keinen Umständen candidiren zu können.“ Ueber die Wahlbewegung wird aus des Weiteren aus Berlin vom Montag geschrieben: „Während in den meisten Provinzialstädten die Auslegung der Urwählerlisten bereits stattgefunden, hat sie hier noch nicht begonnen, obgleich uns nur noch drei Wochen vom Wahltermine trennen. Die in diesem Jahre etwas verspätete Bade- und Reisezeit hält noch immer eine beträchtliche Anzahl von Bewählern der Hauptstadt fern, und darin mag der Grund zu finden sein, daß die Einreichung der vom Magistrat zur Einzeichnung verfaßten Paaslisten nicht mit der gewöhnlichen Pünktlichkeit von Seiten aller Paasbesitzer und deren Vertreter erfolgt ist. Die Wahlbewegung innerhalb der hauptstädtischen Bezirke schreitet indes fort. Ueberall treten die Vertrauensmänner, die zum

Theil wohl mit den früheren Wahlmännern identisch sind, zusammen, constatiren zunächst, daß Fortschrittspartei und Nationalliberale in geschlossenem Bunde in den Wahlkampf treten, daß letztere den Besitzstand der ersteren respectiren und daß den zu wählenden Wahlmännern die definitive Entscheidung über die aufzustellenden Candidaten gebühre. Dies hindert indes nicht, daß für den II. Wahlbezirk bereits die Parole Wiederwahl (Dr. Langemann und Dr. Stragmann) ausgesprochen ist, die auch im III. (Dr. Ströhm und Knörche) und IV. (Dr. Ebert und Dr. Zimmermann) als selbstverständlich angesehen zu werden scheint. Für den I. Bezirk (Parisius, Dr. Hofmann und Löwe) würde wahrscheinlich dasselbe der Fall sein, wenn man nicht wünschte, dem Abg. Klog, der in Lettow von den Conservativen bedroht ist, eine sichere Candidatur zu verschaffen.“

Die Ungeheuerlichkeiten und Unsicherheiten der officiösen Presse bilden ein stehendes Thema in den preussischen liberalen Blättern. Mit Recht, denn jeder Tag bringt neue Belege dafür, wie von dieser Seite der Ruf des Publicisten aufgefaßt wird. Sehr treffend äußert sich ein leitendes Berliner Blatt über dieses neuerdings beliebte Gebahren dahin:

„Es ist ersichtlich, was in letzter Zeit von den Hoch-, Ganz-, Halb- und Viertel-officiösen in allerlei hinterhältigen und perfiden Insinuationen gegen die Liberalen geleistet worden ist. In diesem officiösen Unwesen steht der Reim einer ernsten und großen Gefahr, gegen welche alle freiständigen Elemente ohne Verzug entschlossen ankämpfen müssen. So lange die officiösen Verbreitungen ihr Gebahren darauf beschränken, thätliche Mißthaltungen an den Mann zu bringen, konnten sie kein großes Unheil anrichten; seitdem sie aber gewisse Ansichten, Urtheile u. dgl. durch Verleumdungen und Verleumdungen dem Publicum mundgerecht zu machen suchen, ist das officiöse Verwehen ein gemeingefährliches Instrument, welches die öffentliche Meinung corrumptirt, unbekümmert darum, daß bei und die Freiheit der Wahlen mit gesetzlichen Garantien umgeben ist, daß die Regierung über den Parteien stehen soll und daß das Institut officieller Candidaturen bei und nicht eingeführt ist. Erwägt man, daß die Spalten der der gesammten kleinen Provinzialpresse den officiösen Agitation die besten Dienste leisten, daß endlich hinter den officiösen die Regierung mit ihrem vielgliedrigen und weitverzweigten Verwaltungsapparate steht, der ihr von vornherein einen ungeheuren Einfluß auf die Wahlen sichert, so kann man sich der Befürchtung nicht verschließen, daß bei einer energischen Fortsetzung der officiösen Agitation die bevorstehenden Wahlen dem Abgeordnetenhaus eine sehr bedenkliche Physiognomie geben werden. Es erscheint deshalb als eine ernste Pflicht aller liberalen Elemente, dem officiösen Unwesen unerbittlich eine Agitation entgegen zu setzen, welche, durch Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit hervortretend, jenen an Hartnäckigkeit und Unermüdblichkeit gleichziehen muß.“

Die deutsch-russischen Beziehungen werden sicherlich noch lange Zeit die Presse in Atem erhalten. Während auf der einen Seite „Verstimmung“, auf der anderen „Intimität“ constatirt wird, hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Ausweg aus der Controverse insofern gefunden, als sie der Entree in Alexandrowo einen militärischen Charakter aufstempelte. In einer gestern telegraphisch mitgetheilten Note heißt es: „General-Feldmarschall v. Rantseuff ist nur in Erfüllung eines vom Kaiser Alexander ausgesprochenen Wunsches, Allerhöchstdemselben preussische Offiziere den Wandern seiner Truppen beizugehen zu sehen wünschte, an der Spitze einer Deputation preussischer

### Holzauction.

Die vom Abbruche des Eisenerkers oberhalb der Seiligen Brücke abgelagerten alten Bauhölzer, Wollenhölzer und Eisenhölzer  
Freitag, den 13. September, Nachmittags 3 Uhr  
an Ort und Stelle gegen Baarzahlung verauktionirt werden.  
Leipzig, den 10. September 1879.  
Die Bauverwaltung.

### Gewölbe- und Wohnungs-Vermiethung.

In dem Universitätsgrundstück Ritterstraße Nr. 9 werden zum 1. April 1880  
a. die sämtlichen Parterrelocale nebst Küche, Keller und zwei Niederlagen, in welchen bisher eine Weinhandlung und ein Weinrestaurant betrieben worden ist,  
b. die erste Etage, aus Vorraum, sechs Zimmern, Kammer, Keller und Bodenraum bestehend,  
c. die zweite Etage, Vorraum, fünf Zimmer, Kammer, Küche, Keller und Bodenraum enthaltend,  
und d. ein Tagelohn, zwei Stuben, Kammer, Küche und abwärts Zubehör umfassend,  
ferner  
e. in dem Universitäts-Grundstück Goethestraße Nr. 6 drei Keller-Abtheilungen und zwei Niederlagen  
miethfrei und sollen, die Parterrelocale und jede Wohnung für sich, die separaten Kellerabtheilungen und Niederlagen ab e oder nach Befinden einzeln oder zusammen von obigem Zeitpunkt ab auf weitere sechs Jahre miethend, jedoch vorbehaltlich der Kaufwahl unter den Licitanten und der Entscheidung in der Sache überhaupt, vermiethet werden. Hierzu ist auf  
Freitag, den 13. September d. J. Vormittags 10 Uhr  
Termin angelegt und werden Realactanten eingeladen, sich zu dieser Zeit im Universitäts-Rentamt (Paulinum) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.  
Die Mietbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus.  
Leipzig, am 8. September 1879.  
Universitäts-Rentamt.  
C r a f.

Offiziere nach Warschau geschickt worden und hat wie wir außerdem erfahren, dem Kaiser Alexander die Antwort auf einen Brief überbracht, welchen unser kaiserlicher Herr von Seinem erlauchtem Kassen vorher erhalten hatte.“

Zwischen den Zeilen wäre etwa zu lesen, daß nun der Fieberkrieg auf Neue beginnen könne. Was uns anbelangt, so werden wir nicht aufhören, zur Mäßigung zu mahnen und diesem „Krieg-in-Sicht-Gefahren“ entgegenzutreten. Die „Post“ äußert sich zur Sache wie folgt:

„Heute haben wir nur unsere Befriedigung auszubringen, nicht mehr nach dem Ursprung einer Erklärung forschen zu müssen, die offensichtlich nur der Bergangenheit angehört. Aber wir legen ernsthafte Verwahrung ein gegen solche Stimmen, welche von dem Kuthören einer deutsch-russischen Fehde sprechen. Deutscherseits hat niemals ein Angriff stattgefunden, wir haben keine Beschwerde gegen die russische Politik geführt. Man kann streng genommen nicht einmal von einer deutschen Abwehr der russischen Angriffe sprechen. Denn Abwehr kann es doch nicht heißen, wenn man ungerechte Beschuldigungen den Gegnern zur Kenntnis bringt, höchstens mit einem kurzen Hinweis auf die laute Sprache der Thatfachen, welche die Beschuldigungen entkräftet! Zur Abwehr gehört wohl sonst, daß der Bedrohte seinerseits auf den Angreifer ziele; Dies ist nicht geschehen, und unsere Befriedigung, daß es nicht geschehen, ist um so größer, je überzeugter wir sein dürfen, daß so, wo die Entscheidung liegt, die Angriffe nicht gebilligt worden sind.“

Ein radikales Recept gegen die „Verstimmung“ scheidet ein Berliner Frühstücksblatt seinen Lesern an; es signalisirt eine „Zweifelhafte Entree“ zwischen Bismarck und Corti-Chatoff!

Die Frage der Hebung des „Großer Kurfürst“ ist am 2. d. Mts. in London Gegenstand einer längeren Discussion gewesen. In diesem Tage fand nämlich — so wird officiös geschrieben — unter dem Vorsitze des Admirals Fishbourne die erste statutenmäßige Versammlung der Actionaire der „Wad.“-„Debung.“ und „Cargo-bergungs-Gesellschaft“ statt, welche durch ihren Director, Herrn Ventner, und ihre erfolglosen Versuche zur Hebung des „Großer Kurfürst“ in letzterer Zeit so viel von sich reden gemacht hat. In den Kreisen der englischen Betheiligten herrscht jedenfalls noch eine sehr sanguinische Stimmung, denn der Vorsitzende sagte u. A., er freue sich, eine Gelegenheit zu haben, den Actionairen die „ganzliche Grundlosigkeit“ der über die Gesellschaft und deren Director, Herrn Ventner, verbreiteten Gerüchte „beweisen“ zu können, und die Versammlung selbst nahm nach längerer Debatte, in deren Verlauf der Vorsitzende seine sichere Uebergzeugung über die erfolgreiche Hebung des „Großer Kurfürst“ ausdrückte, mit allen gegen 2 Stimmen eine Resolution an, in welcher die Actionaire ihre „vollkommenen Vertrauen in Herrn Ventner sowohl wie in seine Mit-Directoren ausdrücken, sowie auch ihrer vollständigen Zufriedenheit über die bisherige Geschäftsführung und das Verhalten der Directoren Ausdruck geben.“ „Habeant sibi!“ bemerkt der Officiös dazu.

Um die Verschaffenheit der inneren Lage vollständig zu machen, wird aus Berlin eine neue Ministerkrise gemeldet. Die „Tribüne“ schreibt vom Dienstag:

„Während nach dem Rücktritt des Kultusministers Dr. Fall verbreitete sich die Annahme, es werde vor dem 1. October, also vor dem Eintritt der neuen Justizorganisation, auch der Justizminister Dr. Leonhardt aus dem Amte scheiden. Dieser Nachricht folgte der Widerruf auf dem Fuße. Seit gestern taucht nun dasselbe Gerücht und zwar mit größter Betonung auf. Man will wissen, der Minister habe